

Robert Nef, Stiftungsratspräsident des Liberalen Instituts Zürich

www.libinst.ch

robertnef@bluewin.ch

Der Staat als Krisenverursacher und Krisenmanager

Vortrag vor der aim, ad interim management ag, Börse Zürich

2. Juni 2010

1. Einleitung

Ich beginne ganz pathetisch mit zwei Zitaten, mit Schillers Rütlichswur der 1803 geschrieben wurde und vom eidgenössischen Krisenmanagement des Jahres 1291 inspiriert ist und mit meiner parodistischen Neufassung, die 2 Jahre alt ist.

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,

in keiner Not uns trennen und Gefahr.

Wir wollen frei sein wie die Väter waren,

eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.

Wir wollen trauen auf den höchsten Gott

und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.

Friedrich Schiller, Wilhelm Tell Zweiter Akt, Szene 2

Hier die Nef'sche Parodie, die natürlich schon rein sprachlich nicht auf demselben Niveau steht.:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Rentnern

Uns zwangsversichern gegen alle Not

Wir wollen Wohlfahrt, selbst auf Kosten unserer Kinder,

eher im Trend sein, als eigenständig uns behaupten.

Wir wollen trauen auf den Staat da oben

Und uns stets beugen vor der Macht der andern.

Robert Nef, Liberales Institut, Zweitletzter Akt, zweitletzte Szene

2. Was ist der Staat?

„Ein einzig Volk von Brüdern“ oder

„Ein einzig Volk von Rentenbezüglern und –bezahlern“

oder etwas Drittes?

Dazu vier kontroverse Zitate:

Frédéric Bastiat (1801-1850): „Der Staat ist die grosse Fiktion aufgrund derer sich alle bemühen auf Kosten aller zu leben.“

Friedrich Hölderlin (1770-1843): „Das hat den Staat zur Hölle gemacht, dass ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte.“

Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831): „Es ist der Gang Gottes in der Welt, dass der Staat ist, sein Grund ist die Gewalt der sich als Wille verwirklichenden Vernunft.“

Hegel bringt damit das zum Ausdruck, was m.E. die verheerendste ideengeschichtlichen Fehlleistung des 19. Jahrhunderts darstellt: Die Ersetzung des Glaubens an den allmächtigen Gott durch den Glauben an den allmächtigen Staat: die nahtlose Ersetzung des Gottesglaubens durch den Staatsglauben.

Adam Müller (1779-1829): „Der Staat ist die Allianz der vorangegangenen Generation mit den nachfolgenden und umgekehrt. Er ist eine Allianz nicht nur der Zeitgenossen, sondern auch der Raumgenossen.“

Franz Grillparzer (1791-1872): „Es ist der Staat die Ehe unter Bürgern.“

Grillparzer selbst ist – und das ist vielleicht die Pointe dieser ungewöhnlichen Definition – unverheiratet geblieben.

Meine eigene Antwort auf die Frage nach dem Staat suche ich in einem Dreieck von widersprüchlichen Grundsätzen:

Der Staat, das sind wir alle (Stichwort: Demokratie)

Der Staat darf nicht alles (Stichwort: Rechtsstaat).

Der Staat kann nicht alles (Stichwort: Zivilgesellschaft).

Die drei Konzepte, Demokratie, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft sind weder konfliktfrei noch vollkommen kompatibel. Sie haben Nachteile und Vorzüge, die es sorgfältig abzuwägen gilt. Meine Sympathie gilt der Zivilgesellschaft.

Der Staat, das sind wir alle

Der *erste* dieser Grundsätze schafft heute den grössten Unmut. Fast alle sind für Demokratie, solange Demokratie für sie ist, aber die meisten finden sie ärgerlich, wenn die Mehrheitsentscheide von dem abweichen, was man selbst befürwortet hat, (was bei mir persönlich immer wieder vorkommt).

Wer ist denn heute, von rechts bis links, und in den meisten Ländern der Welt mit dem real existierenden Staat voll zufrieden? Wer identifiziert sich voll mit dem Staat als einem „einzig Volk von Brüdern?“

Ist das überhaupt wünschenswert, und war das im Lauf der Geschichte über längere Zeit hinweg je in irgend einem Land der Fall?

Möglicherweise hat man ja auch das „Prinzip Brüderlichkeit“ zu totalitär interpretiert. Real existierende Brüder haben oft sehr unterschiedliche Meinungen und das belebt, wenn die Differenzen friedlich ausgetragen werden, sowohl die Familien als auch die Staaten. Es gibt jedenfalls gute Gründe mit dem demokratischen Grundsatz „Der Staat, das sind wir alle“, gelegentlich zu hadern.

Der Staat ist als Inhaber des Zwangsmonopols immer auch ein Ärgernis, sei es als bürokratischer Bevormunder, als Steuereinzahler, als stets unzulänglicher Umverteiler oder als „Agentur der Mächtigen“.

Trotzdem möchten sich die wenigsten auf das höchst riskante Unternehmen einlassen, ihn ganz und ersatzlos abzuschaffen.

Darum ist die Abgrenzung zwischen Etatismus und Antietatismus, zwischen Staatsglaube und Staatsskepsis nicht nur eine Frage der Abgrenzung von Personengruppen, sondern auch eine Frage der Abgrenzung zwischen Argumenten eines inneren Dialogs, den jeder kritische Zeitgenosse immer wieder zu führen hat.

Die Antwort auf die quantitative Frage „Wieviel Staat wollen wir?“ ist mit der qualitativen Frage verknüpft „Welchen Staat wollen wir?“ Und wenn tatsächlich „wir alle“ den Staat bilden und gestalten sollen, dann muss die Frage gestellt werden, wer denn dieses „wir“ ist, das wir angeblich alle sind.

Möglicherweise ist es einfacher, herauszufinden, was wir gemeinsam nicht wollen, als das was wir gemeinsam wollen. Politologen nennen dieses Phänomen Konsensknappheit, Politiker beklagen je nach parteipolitischer Terminologie den Schwund des Gemeinsinns oder den Mangel an Solidarität. Konsens ist in einem konfliktgeladenen Umfeld stets knapp, und was besonders knapp ist, hat bekanntlich einen besonders hohen Preis, und was einen hohen Preis hat, wird mit guten Gründen sorgfältig abgewogen.

Der Staat darf nicht alles

Der *zweite* Grundsatz ist beliebter, weil er sich auf jeder Stufe einer Hierarchie anwenden lässt und sich auch als Argument gegen unwillkommene Mehrheitsentscheide eignet. Je nachdem ist es die Gemeinde, die nicht alles darf, oder der Kanton, oder die Schweiz oder die EU. Dabei lauert die Gefahr, dass man der jeweils grösseren Gemeinschaft immer mehr Spielraum zubilligt, wenn es darum geht, zu entscheiden, was sie alles darf, - wie wenn Politik bei aufsteigenden Hierarchien, bei einer grösseren Anzahl von Beteiligten und bei grösseren Territorien immer besser und gerechter würde. Aus meiner Sicht ist dies eine gefährliche Überschätzung des grösseren Rahmens, der grösseren Zahl und der Hierarchie.

Aufgrund des Subsidiaritätsprinzips wäre das Gegenteil zu fordern: je grösser die politische Gemeinschaft ist, desto weniger darf sie in die Freiheit der Individuen eingreifen. Der Staat darf nicht alles, und was er tatsächlich darf, beispielsweise beim Eingriff ins Vermögen durch Besteuerung, soll im kleinstmöglichen Rahmen, beschlossen werden, der auch die exit option, d.h. die Möglichkeit des Wegzugs, offerieren muss, wenn jemand das „Wir-Gefühl“ nicht mehr teilt.

Der Staat kann nicht alles

Von den drei eingangs festgehaltenen Grundsätzen ist m.E. der *dritte* der aktuellste und der wichtigste. Er ist nämlich jener sachbezogene Treffpunkt, bei dem sich Staats skeptiker und Staatsgläubige zusammenfinden können, ohne dass sie vorher auf wichtige ideologische Grundoptionen verzichten müssen. Dass der Staat nicht alles kann, erleben wir – ganz unabhängig von unserer politischen Einstellung –, täglich als Betroffene und als Medienkonsumenten.

Das Staatsversagen ist nicht erst durch drohende Staatsbankrotte zum Thema geworden. Die Politik hat seit je mehr versprochen als sie halten konnte und gehalten hat, und sie hat die Menschen seit je auf eine bessere Zukunft vertröstet.

Im Mehrparteienstaat hat man zwar die Ausrede, die andern Parteien seien an dieser Verzögerung schuld, man habe eben zu wenig eigene und zu viele andere Volksvertreter, die mitregieren. Es gehört zum Wesen jeder Parteiideologie, dass sie mit dem Anspruch antritt, wenn man ihr wirklich freie Hand gäbe, würde sie ihre Ziele erreichen.

Darum gehört das Wecken von unerfüllbaren Erwartungen und damit auch das Schaffen von Enttäuschungen zum Wesen der Politik. **Parteiideologie ist ein Spiel mit Täuschungen und ein langfristiges Hinausschieben von Enttäuschungen, d.h. ein permanentes Krisenmanagement als möglichst raffinierte Bewirtschaftung von Durststrecken.**

Die ideologische Welle der 68er Jahre ist definitiv am abebben. Die letzten Exponenten dieser Generation klammern sich noch an ihre Posten in jenem Establishment, das sie seinerzeit so vehement bekämpft hatten. Sie wollen das Ende noch ein wenig hinauszögern, indem sie ihren Adepten noch die letzten verfügbaren einflussreichen und lukrativen Posten des Establishments zuschanzen. Das ist aber nur das Hinauszögern eines längst fälligen Wandels.

Es ist Zeit für eine politisch-ideologische Abrüstung und für eine Politik, die wieder mehr zum gemeinsam beweglichen Lösung jener gemeinsamen Probleme wird, die mit kollektivem Zwang gelöst werden können.

Da Zwang beim Krisenmanagement eine recht stumpfe und nicht nachhaltig anwendbare, oft kontraproduktive Waffe ist und als nachhaltiges Instrument der Krisenbewältigung wenig taugt, brauchen wir nicht *mehr*, sondern *weniger* Politik, und vor allem auch eine bessere, auf das Wesentliche konzentrierte.

Die Politik leidet seit je unter dem Syndrom der gegenseitigen Überforderung von Politikproduzenten und Politikkonsumenten, von Regierenden und Regierten. Beide stellen in der Regel zu hohe oder falsche Anforderungen aneinander. Die Schuldenkrise ist nur der gegenwärtig sichtbar gewordene Ausdruck dieses Syndroms.

Wir müssen die Politik nicht abschaffen, aber auf jenes erträgliche, taugliche und zukunftsverträgliche Mass reduzieren, das weder die Staatsangehörigen noch die Regierenden überfordert.

Als professionelle Krisenmanager kennen Sie die diesbezüglichen Lösungsmuster aus eigener Erfahrung:

In schwierigen Situationen braucht es weder Rechthabereien noch Kompromisse zwischen an sich unversöhnlichen Gegensätzen, sondern eine neue Denkweise, einen Ausstieg aus Blockaden und eine neue Begegnung auf einer andern Ebene der Fragestellung.

Es gibt heute über alle Parteigrenzen hinweg zwei politische Grundhaltungen: die grundsätzliche Staats- und Politikskepsis auf der einen, meist „rechts“ genannten Seite und den Glauben an die Problemlösungskapazität durch staatliche Vorschriften auf der als „links“ bezeichneten Seite.

Diese Vorschriften sollen den angeblich sonst „wildwüchsigen und chaotischen Lauf der Dinge“, und „den Kampf aller gegen alle“ in geordnete Bahnen und lenken und für „sozial gerechte“ Rahmenbedingungen sorgen.

Die erste Gruppe, die Staats skeptiker sind unzufrieden, weil der Staat generell zu viel unternimmt und zu teuer und zu ineffizient ist, die zweite Gruppe, die Staatsgläubigen, sind unzufrieden, weil ihre zu hoch gespannten Erwartungen an den Staat immer wieder enttäuscht werden.

Politik wird damit zunächst einmal zu einem Marketing mit populären Versprechungen und anschliessend zu einem Krisenmanagement mit Ausreden, warum man sie nicht halten konnte.

Die Unterscheidung zwischen rechten Staats skeptikern und linken Staatsgläubigen ist übrigens viel zu grobschlächtig und sie führt allzuoft in die Irre. Es gibt nämlich auch rechte Etatisten, die für einen starken und intervenierenden Nationalstaat eintreten, der die Anliegen bestimmter Bevölkerungsschichten aktiv unterstützen soll.

Und es gibt auch (allerdings immer seltener) linke Antietatisten die nichtstaatliche frei wählbare Formen der sozialen und ökologischen Selbstorganisation anstreben und vor allem gegen eine überbordende Staatskontrolle, d.h. gegen den sogenannten Schnüffelstaat kämpfen.

Abstimmungen sind angesichts dieser Konstellationen eher eine kollektive Manifestation des Unwillens, als eine kollektive Willensäusserung. Kein Wunder, dass die Stimmabstinz zunimmt und viele Wähler (ich schliesse mich da nicht aus) offen gestehen, sie hätten keine Partei, mit der sie sich voll identifizieren könnten.

Die Finanzkrise der letzten Jahre ist generell als „Versagen der Märkte“ interpretiert worden und der Staat ist weltweit als „Freund und Helfer“ aufgetreten. Der liberale Slogan „Weniger Staat, mehr Freiheit und Selbstverantwortung“ ist in diesem Umfeld nicht ohne Schadenfreude diskreditiert worden. Der Triumph der Staatsgläubigen über die Staats skeptiker war aber reichlich verfrüht.

Inzwischen ist in Europa nämlich ein neues Problem aufs Tapet gekommen: Die staatliche Schuldenkrise und der Staatsbankrott.

Jetzt stehen die Staatsgläubigen und die Staatsgläubiger unter Druck.

Auch das etatistische und damit antiliberaler Programm „Mehr Staat, mehr Steuern, mehr Schulden“- „die Reichen von heute und die Jungen von bezahlen die Zeche“, gerät an seine Grenzen. Es ist nachhaltig nicht praktikierbar. Deshalb wird der feststellende Grundsatz „Der Staat kann nicht alles“ immer aktueller.

Der Streit, ob eine Krise durch Staatsversagen oder durch Marktversagen verursacht worden ist, lässt sich angesichts der leider heute weltweit allzu engen Verflechtung von Staat und Wirtschaft nicht objektiv beantworten. Bei einer hohen Regelungsdichte ist die Wirtschaft dazu gezwungen, nicht nur die Realität von Angebot und Nachfrage zu bewirtschaften, sondern auch ein komplexes Netz von mehr oder weniger sinnvollen und absurden Vorschriften.

Sie hat keine andere Wahl, wenn sie nicht in graue oder schwarze Bereiche ausweichen will. Wahrscheinlich entsteht jede Krise in diesem grossen und offenen Experiment komplexer Wechselwirkungen von richtigen und falschen wirtschaftlichen Entscheidungen, sowie von guten, gut gemeinten und schlechten politischen Korrekturmassnahmen.

Für mich persönlich ist es klar, dass am Anfang der gegenwärtigen Krisen das Staatsversagen steht, aber weil der Staat ein relativ altes und weltweit gut etabliertes System ist, bleibt die Aussage „ohne Staatsinterventionen keine Krisen“ in der Luft hängen.

Der Beweis, dass es ohne Staatsinterventionen weniger oder keine Krisen gäbe, lässt sich nicht erbringen. Ich wage aber persönlich die These, dass Krisen zwar häufiger, vielfältiger, aber kleiner, nonzentraler und damit spontan und ad hoc leichter lösbar wären. Das anarchistische Radikalrezept „Schafft den Staat ab, dann haben wir auch alle Krisen abgeschafft“ ist mir zu realitäts- und weltfremd und zu pauschal. Die Zielrichtung stimmt, aber die Umsetzung ist utopisch und trägt damit kaum etwas zur Problemlösung bei.

Es ist auch wenig hilfreich, wenn wir darüber spekulieren, was gewesen wäre, wenn es weltweit weniger Staat gäbe. Und es ist auch wenig hilfreich, wenn man Lösungen anbietet, die erst dann funktionieren, wenn vorher radikale Änderungen vollzogen sind. Das haben die Marxisten – mit wenig Erfolg – auch getan.

Eine politische Lösung muss auch mit den heute vorhanden real existierenden Menschen möglich sein. Wer Lösungen anbietet, die einen „neuen perfekteren, sozialeren Menschen“ voraussetzen sowie einen radikalen Neubeginn auf der ganzen Linie, ist kein Krisenmanager sondern ein Utopist.

3. Die gefährliche Sehnsucht nach „dritten Wegen“

Was sollen wir tun? Die Versuchung ist gross, angesichts der ungeklärten Schuldfrage nach einem „Dritten Weg“ zwischen Markt und Staat zu suchen, nach einer neuen „Kombi-Lösung“.

Dritte Wege entsprechen dem beliebten dialektischen Schema man müsse eine These und eine Antithese als jeweils untaugliche Lösungsverfahren gegenüberstellen, und die Lösung in einer Synthese suchen, die in der goldenen Mitte liege. Ich bezweifle nicht, dass dies gelegentlich klappen kann, aber die dahinter steckende Denkweise ist zu eindimensional und zu riskant.

Meist liegt nämlich nicht die Lösung in der Mitte, sondern das Problem.

Die Formulierung stammt nicht von mir, sondern aus Goethes Wilhelm Meister: **„Hier aber, versetzte Wilhelm, sind so viele widersprechende Meinungen und man sagt ja, die Wahrheit liege in der Mitte. Keineswegs, erwiderte Montan, das Problem liegt in der Mitte.“**

Wenn man eine kombinierte Problemlösung durch eine Mischung oder durch einen Kompromiss von mehr Staat und weniger Markt, oder von mehr Markt und weniger Staat anpeilt, so geht man das Risiko ein, dass das Problem nicht gelöst, sondern verschärft wird. Jede Kombi-Lösungen tendiert dazu, nicht die jeweiligen Vorteile, sondern die jeweiligen Nachteile zu verbinden.

Die grundsätzliche Forderung „Weniger Staat, mehr Freiheit und Selbstverantwortung“ ist in einer Zeit der drohenden Staatsbankrotte keineswegs obsolet geworden. Sie darf sich allerdings nicht nur auf das Nein-Sagen konzentrieren.

Selbstverantwortung tönt immer gut, sie impliziert aber auch die Haftung für Schäden und schliesst die Abwälzung von Folgekosten auf den Staat aus.

Das ist heute angesichts der nachweisbar menschverursachten Naturkatastrophe im Golf von Mexiko besonders aktuell.

Selbstverantwortung ist nur möglich, wenn man nicht auf Kosten anderer leben will. Selbstverantwortung beruht auf den drei Säulen Lernen, Leisten und Vorsorgen.

Das sind ziemlich allgemeine Einsichten und Ansichten über die Rolle des Staates bei der Krisenverursachung und Krisenbewältigung. Ich möchte nun im Folgenden drei konkretere Problemkreise anschnitten, zunächst einen methodisch-strategischen und nach dieser Vorgabe zwei aktuelle politische. Zunächst der methodische.

4. Die Unterscheidung von Engpässen und Sackgassen

Es geht im Folgenden um eine Weichenstellung bei der Krisenanalyse, die ihnen - vermutlich in anderen komplizierteren Fachterminologien - vertraut ist.

Ich unterscheide zwei Grundtypen von Problemen: Engpässe und Sackgassen

Meine Terminologie knüpft an einen der Begründer der organischen Chemie an, an Justus Liebig (1803 – 1873).

Es geht um jene Gesetzmässigkeit, welche Justus von Liebig, einer der Entdecker des Kunstdüngers, vor über hundertfünfzig Jahren anhand des Pflanzenwachstums beobachtet und beschrieben hat:

Das Wachstum wird durch die jeweils entscheidenden Engpässe gesteuert, und die ganze Strategie des Überlebens von Individuen und Gemeinschaften beruht auf dem richtigen Umgang mit dem jeweils entscheidenden Engpass.

Eines der politischen Grundprobleme im Umgang mit Engpässen besteht darin, dass es in vielen Situationen sehr schwierig ist zu ermitteln, was der jeweils systemsteuernde Engpass ist. Wie beim Pflanzenwachstum ist dies wohl nur experimentell durch Versuch und Irrtum herauszufinden. Das Experimentieren mit sozialen Organisationen ist aber schwieriger und oft schmerzlicher als das Laborexperiment, und es bringt weniger eindeutige Resultate hervor. Das Labor der Sozialwissenschaft ist die Geschichte und um aus der Geschichte lernen zu können, muss man sich intensiv mit ihr befassen, und ein Phänomen wie „Wachstum“ ist in historischer Perspektive wohl noch komplexer als bei den Pflanzen.

Was geschieht nun in den vielen Fällen, bei denen es nicht gelingt, den ökonomischen und politischen Wachstumsengpass durch etwas mehr und anders zusammengesetzte Dünger zu beseitigen, weil der Organismus sich gar nicht in einem Engpass, sondern in einer Sackgasse befindet.

In einem Engpass hilft die Strategie „more oft he same“ weiter. In einer Sackgasse ist „more of the same“ verheerend, weil sie zum sinnlosen Kräfteverschleiss führt.

In einer Sackgasse muss man umkehren und die Richtung, das heisst die Methode wechseln. Ein grosser Teil der politischen Fehlentwicklungen und Krisen beruhen darauf, dass man alle Probleme wie Engpässe behandelt und zu wenig Bereitschaft zeigt, Sackgassen zu erkennen, umzukehren und die Methode zu wechseln. Zwar wird in der Politik häufig von der Notwendigkeit einer Wende geredet, vollzogen wird sie aber sehr selten.

Sie kennen möglicherweise das folgende Gebet, dessen Ursprung nicht voll geklärt ist:

„Herr, gib mir die Kraft, die Dinge zu ändern, die ich ändern kann und die Gelassenheit, die Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann und die Weisheit, beides voneinander zu unterscheiden.“

Abgewandelt auf Engpässe und Sackgassen müsste das Gebet wie folgt lauten:

„Herr, gib mir die Kraft, bei Engpässen beharrlich weiterzukämpfen, und den Mut in Sackgassen umzukehren und die Weisheit Engpässe und Sackgassen voneinander zu unterscheiden.“

Erstes Beispiel: Verschuldungskrise

Im Umgang mit Finanzen gehört es zum erzieherischen Grundstoff, dass man nicht mehr ausgeben sollte, als man einnimmt. Ob der Blick in die leere Kasse angesichts einer langen Liste von Bedürfnissen, Wünschen und unbezahlten Rechnungen eher an einen Engpass oder an eine Sackgasse denken lässt, hängt von der Beurteilung der künftigen Entwicklung ab.

Durch Verschuldung lassen sich Sackgassen in Engpässe verwandeln und die Triage zwischen kreditwürdigen Engpässen und nicht kreditwürdigen Sackgassen gehört seit je zum Alltag des Bankgeschäfts. Dieses steckt offensichtlich heute teilweise selbst in Engpässen, die sich hoffentlich nicht in Zukunft nicht alle als Sackgassen erweisen.

Was ist der aktuelle Stand der Dinge in Europa? Das marode zentralistische System Griechenlands wird jetzt von einer ebenfalls maroden Zentralen in Brüssel aus gestützt und diszipliniert, indem man, das tut, was in der Wirtschaft als Fehlkonzept der Schuldensanierung gilt: Man sucht aus der Verschuldungsfalle auszubrechen indem man sich andernorts zusätzlich verschuldet und gleichzeitig schwört, man werde sein Verhalten ändern.

Das heisst, man hofft gegenwärtig allerseits auf das Wunder eines grundlegenden Mentalitätswandels. Statt einer radikalen Kehrtwende hegt man die Hoffnung, dass „etwas weniger vom Gleichen“ gleich auch zur notwendigen Trendwende führe.

Die Finanzkrise der letzten Jahre ist generell als „Versagen der Märkte“ interpretiert worden, und der Staat ist weltweit als „Freund und Helfer“ aufgetreten. Ist dies der grosse Moment in dem die Staatsgläubigen über die Staatsskeptiker triumphieren können? Der Triumph hat heute mehr als nur einen Dämpfer bekommen.

Inzwischen geht in Europa nämlich ein neues Gespenst um: Das Gespenst der Schuldenkrise und des Staatsbankrotts.

Das antiliberale, nicht magische, sondern tragische Fünfeck „Mehr Staat, mehr Regulierung und Umverteilung, mehr Bürokratie, mehr Steuern, mehr Schulden“ zeigt seine schlimmen Folgen.

Das bereits erwähnte linke Lösungsrezept, „Schicken sie die Rechnung den Reichen von heute und den Jungen von morgen“ wird vor allem von den Jungen zunehmend als untauglich entlarvt.

Es liegt hier aus meiner Sicht ein typisches Sackgassen- und kein Engpassproblem vor.

Der Zeithorizont für einen schrittweisen Ausstieg aus der Sackgasse des an galoppierende Verschuldung leidenden Wohlfahrtsstaates sind nicht die 2 – 4 Jahre bis zu den nächsten Wahlen, sondern die nächsten 30 Jahre für die eigene Zukunft und die nächsten 60 Jahre, wenn man auch an die Zukunft eigener Kinder denkt.

Politikberater und Psychologen mögen hier einwenden, mit der Orientierung an solchen Zeithorizonten sei der Durchschnittsmensch heute völlig überfordert. Ein Blick in die Menschheitsgeschichte zeigt aber, dass der Fortschritt der Zivilisation seit Jahrtausenden auf dem Wunsch beruhte, dass es die Kinder einmal besser haben sollten als man es selbst hatte, und als es die eigenen Eltern hatten. Heute tendiert die Politik zum Gegenteil. Wir wollen Wohlfahrt, selbst auf Kosten unserer Kinder. Peace for our time (Chamberlain, München 1938). Après nous le déluge, nach uns die Sintflut.

Zweites Beispiel: Sozialpolitik und Umverteilung im Wohlfahrtsstaat

Auch die heutige Sozialpolitik befindet sich nicht in einem Engpass, sondern in einer Sackgasse.

Der sozialpolitische Hick-Hack der Tagespolitik besteht darin, dass man links „more of the same“ fordert und rechts „less of the same“.

Die Intelligenten unter den Linken, wissen, dass sie damit lediglich den Kollaps hinauszögern, und die Intelligenten unter den Rechten wissen, dass sie als Bremser in einem Staat, bei dem eine Mehrheit vom heutigen System profitiert und abhängig ist, ihre Popularität riskieren.

Dies führt zu einer fatalen Konkordanz des konzeptlosen sozialpolitischen Weiterwurstelns.

Für den Weg aus der Sackgasse braucht zwei politische Strategien: eine Strategie des geordneten Rückzugs aus Fehlstrukturen und eine klare Vorstellungen über die Richtung, die man zu einem späteren Zeitpunkt einschlagen sollte.

Ein fertiges Konzept einer funktionierenden Sozialpolitik gibt es m.E. nicht. Es muss auf dem Subsidiaritätsprinzip beruhen und durch Versuch und Irrtum in kleineren Strukturen immer wieder neu ermittelt werden.

Wenn jeder für sich sorgen würde, wäre für alle gesorgt. - Chacun pour soi, Dieu pour tous.

In der real existierenden Welt gibt es aber immer vielfältige Ausnahmen von dieser Regel, und wer diese ausblendet, landet beim blanken Zynismus. Gegenseitige Hilfe und Unterstützung sind ein Bestandteil der Arbeitsteilung, die auch im sozialen Bereich Frieden und Wohlstand ermöglicht.

Liberaler sind nicht grundsätzlich gegen Sozialhilfe, auch nicht grundsätzlich gegen jede staatliche Sozialhilfe, aber sie muss auf jeden Fall – im Interesse der Hilfebedürftigen und der Helfenden – drei Voraussetzungen erfüllen:

- sie muss subsidiär sein, d.h. als Ausnahme und nicht die Regel konzipiert sein.
- sie muss grundsätzlich zeitlich befristet sein
- sie muss personenbezogen, zwischen natürlichen Personen und durch non-zentrale möglichst lokale Formen der Verteilungsorganisation erfolgen.

Umverteilung und Sozialpolitik sind seit Jahrzehnten und z.T. sogar seit Jahrhunderten Bestandteil aller politischen Systeme.

Umverteilung und Sozialpolitik können daher nicht abrupt abgeschafft werden. Sie sollen zunächst plafoniert, dann saniert und schliesslich auf eine nachhaltige Basis gestellt werden.

Das Grundproblem besteht darin, dass die Sozialpolitik durch Umverteilung im kriegs- und krisengeschüttelten 20. Jahrhundert (mit jeweils plausiblen und konsensfähigen Begründungen) in einem Ausmass ausgebaut worden sind, das sie die finanziellen Grundlagen des Systems sprengt und nachhaltig nicht mehr praktikierbar ist. Man hat die Ausnahme zur Regel gemacht und kann das nicht nachhaltig finanzieren.

Wer angesichts dieser Prognose einen Totalausstieg aus der Umverteilung fordert und die Sozialpolitik zur privaten Fürsorge zurückführen möchte, hat zwar theoretisch nicht Unrecht, aber seine Forderungen sind nicht konsensfähig und haben in einer Demokratie keine Chance.

Man muss die Umverteilung als politische Förderung eines Suchtverhaltens erkennen, dem eine demokratische Gesellschaft erliegt, wenn, wie dies heute der Fall ist, eine Mehrheit auf der Empfängerseite steht.

Es ist eine Tatsache dass in der Politik als ganze heute nicht mehr die Garantie einer freiheitlichen Ordnung im Zentrum steht, sondern der sozialpolitische Ausgleich zwischen Arm und Reich, den man in der bürgerlichen Terminologie auch die „Herstellung der Chancengleichheit“ nennt. Es gibt kaum mehr einen Politikbereich, der nicht auch mit Umverteilung verbunden wäre.

Die Sozialpolitik ist als solche nicht nur zum wichtigsten und teuersten und am schnellsten wachsenden Politikbereich geworden, sie hat als Pandemie fast alle andern Politikbereiche infiziert.

Heute ist die gesamte Politik immer auch ein wenig Sozial- und Umverteilungspolitik. Das sogenannte Giesskannenprinzip beherrscht das Feld. Das Negativbild der Giesskanne, das traditionellerweise einer gezielten Sozialhilfe (Targeting) gegenübergestellt wird, ist m.E. nicht gut gewählt. Mit der Giesskanne kann man nämlich doch recht gezielt jene Pflanzen wässern, die es besonders nötig haben.

Besser wäre das Negativbild von einem Sprinkler, der dauernd läuft, öffentliche Mittel wie Wasser ausschüttet und ohne auf die Jahreszeit und auf die spezifischen Feuchtigkeitsbedürfnisse der Pflanzen zu achten, schliesslich alles in einen Sumpf verwandelt.

Im Gesundheitswesen wird umverteilt.

Beim öffentlichen Verkehr wird umverteilt.

In der Medienpolitik wird umverteilt.

In der Landwirtschaftspolitik wird umverteilt

bei der Tourismusförderung wird umverteilt.

Bei der Kulturpolitik wird umverteilt.

In der Regional-und Strukturpolitik wird umverteilt.

Die Ordoliberalen unterscheiden subtil zwischen marktgerechten und nicht-marktgerechten Regulierungen und Subventionen. Diese Unterscheidung ist problematisch, weil sie uns mit dem sogenannten Förderungsparadox konfrontiert. Man kann zwar nach einer Alphabet-Skala A, B, und C, fördern, weil sie den Förderungskriterien entsprechen und D bis Z nicht. Ob sich aber zwischen D und Z, selbst nach *denselben* Kriterien, nicht ebenso Förderungswürdige befinden, ist eine offene Frage. Dasselbe gilt bei Restriktionen nach dem Massstab der volkswirtschaftlichen Schädlichkeit. In vielen Fällen ist die Vermeidung einer kurzfristigen Schädlichkeit mittel- und langfristig schädlicher als das Laisser faire.

Die sozialpolitischen Komponenten aller Politikbereiche müssen analysiert und isoliert werden. Wir müssen besser wissen, welche öffentlichen Subventionsströme und Investitionsströme welchen Nutzniessern zugutekommen.

Dafür gibt es drei Lösungsansätze, die weltweit diskutiert werden:

Erstens: Die Ersetzung der gesamten Sozialpolitik durch ein allgemeines Bürgergeld bzw. durch eine negative Einkommenssteuer (Milton Friedman).

Das ist eine radikale Forderung, die auf den ersten Blick nicht gleich als etatistisch und freiheitsfeindlich abgetan werden sollte. Sie wäre Gegenstand eines eigenen Vortrags.

Ich halte das Konzept des „bedingungslosen Grundeinkommens“, auch „Bürgergeld“ genannt, wenn es wirklich konsequent umgesetzt würde, auch aus liberaler Sicht für interessant, aber für äusserst utopisch. Es würde zu einer totalen Umkrempelung aller traditionellen Politikbereiche führen. Wenn es über Mehrwertsteuern zu finanzieren wäre, müssten diese eine Höhe erreichen, die zu vielfältigen Strategien der Steuervermeidung verleiten. Deren Folgen sind nicht abschätzbar.

Wenn es nur als Teillösung realisiert wird, ersetzt man die bestehende Sozialpolitik durch einen zusätzlichen Umverteilungsapparat: Das ist das Letzte, was wir heute brauchen.

Zweitens: Die Privatisierung des gesamten Service Public

Der gesamte Bereich der sozialpolitisch motivierten Vergünstigungen würde entweder wegfallen, oder durch ein System von Subjekthilfen ersetzt.

Dies würde eine Rückkehr zum Staat als Hort des Rechts mit sich bringen. Aus liberaler Sicht wäre dies ein höchst wünschenswertes Ziel. Aber ist es realistischerweise konsensfähig?

Die bisherigen Erfahrungen mit der generellen Privatisierung sind nicht durchwegs positiv. Privatisierung ist ihrem Wesen nach nichts anderes als ein Verkauf an Private, die möglicherweise längerfristig zwar besser, möglicherweise aber auch kurzfristig schlechter wirtschaften. Als Liberale müssen wir uns davor hüten, zu behaupten, Private würden in jedem Fall und sofort bessere und günstigere Dienstleistungen erbringen als gut geführte öffentliche Dienstleistungsunternehmen.

Drittens: Der schrittweise Übergang zur Benutzerfinanzierung aller öffentlichen und giesskannen-subventionierten Infrastruktur-Angebote und zur Entmonopolisierung durch die Ermöglichung privater Konkurrenz.

Das könnte bei Bildung, Verkehr, Gesundheit und Kultur funktionieren und ist nicht allzu weit von dem entfernt, was in Ansätzen bereits praktiziert wird.

Dieses Vorgehen ermöglicht eine Strategie des geordneten Rückzugs. Man kann von allen Benützern volle Preise verlangen und gleichzeitig jenen, die auf die Dienstleistung angewiesen sind, sie aber nachweisbar nicht mehr bezahlen könnten, durch Direktzahlungen subsidiär und temporär unter die Arme greifen.

Solche Direktzahlungen haben nicht den Charakter eines Almosens, sondern sind eine Investition ins Humankapital. Das ist für einen geordneten Rückzug aus den heutigen Fehlstrukturen und für einen Übergang zu einer liberalen Sozialpolitik entscheidend. Gezielte personenbezogene Investitionen sollen an die Stelle von Pauschalsubventionen an bürokratische Institutionen treten.

Auch dieses Rezept ist kein Sonntagsspaziergang. Ich meine aber, es lohne sich, es weiter zu entwickeln. Das vorgeschlagene Rezept der konsequenten Benutzerfinanzierung in Kombination mit einem Konzept der gezielten Sozialpolitik durch Subjekthilfe hat auch eine zukunftssträchtige ökonomische Komponente.

Sie hat das Potenzial, im Dienstleistungsbereich mehr private Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

5. Wo liegen die Spielräume jenseits von Engpässen und Sackgassen?

Entscheidend für die Zukunft der selbstbestimmten Arbeitsteilung ist, dass die an sich expansionsfähigen qualifizierten Dienstleistungsmärkte nicht weiterhin als „Service Public“ einer zunehmenden Kontingentierung und Rationierung ausgeliefert werden.

Gesundheit und Bildung sollen in Zukunft nicht mehr als rationiertes und subventioniertes staatliches Angebot bereitgestellt werden. Sie sollen sich

vielmehr zu Kernbereichen einer florierenden Dienstleistungsökonomie entwickeln können.

In beiden Bereichen ist heute die Balance von Angebot und Nachfrage massiv gestört, was zu einer Fehl- und Unterversorgung führt.

Wenn noch mehr öffentliche Mittel, die in die grossen Kassen dieser planwirtschaftlich strukturierten Institutionen fliessen, fördert dies lediglich die Verschwendung und die Bürokratisierung. Das Angebot soll sich marktwirtschaftlich durch eine Nachfrage weiterentwickeln, die auf der Bereitschaft potenzieller Nutzniesser basiert, dafür den entsprechenden Preis zu bezahlen.

Sozialpolitisch motivierte staatliche Mittel wären nicht Top-down über die Institutionen, sondern Bottom-up über die Benutzer einzuspeisen und die direktsubventionierten Benutzer hätten den Beweis zu erbringen, dass sie die Voraussetzung für die Investition öffentlicher Mittel erfüllen. Dies würde in allen Infrastrukturbereichen einer Fehl- und Unterversorgung und einer verschwenderischen Nutzung entgegenwirken und im Dienstleistungsbereich neue vielfältige Arbeitsmöglichkeiten eröffnen.

6. Vertrauen in die kreative Dissidenz der Jugend

Das entscheidende für die Zukunft der Zivilgesellschaft ist aber die nächste Generation, der qualifizierte Nachwuchs bei den ökonomisch politisch, kulturell und sozial engagierten jungen Leuten. Deren Qualität misst sich nicht am Ehrgeiz, möglichst rasch Erfolg zu haben, sondern an der langfristigen Perspektive für eine politische und wirtschaftliche Zukunft, in der sich das Lernen und das Leisten lohnt und in der es genügend Spielräume gibt, um dem eigenen Leben nach eigenen Vorstellungen einen Sinn zu geben.

Ich glaube, dass es diesen qualifizierten Nachwuchs gibt, der sich immer mehr bewusst ist, dass wir die politischen Probleme allein durch Weiterwursteln und neue Kompromisse und „dritte Wege“ nicht mehr lösen können.

Es wächst nach meinen Beobachtungen eine junge erfreulich unideologische Generation heran, die nicht in erster Linie Ansprüche stellt und nach mehr sozialer Gerechtigkeit strebt, sondern nach weniger Regulierung, nach einer Ordnung die offener ist und in der sich nicht alle gegenseitig dauernd dreinreden, nach informellen Kommunikationsnetzten, die nicht fesseln, sondern gegenseitig bereichern, kurz: nach mehr Freiheit, nach mehr Spielräumen eigenständiger Lebensgestaltung, weniger Zwangssparen und weniger Bevormundung.

Ich traue ihr zu, in Sackgassen umzukehren und bei Engpässen durchzuhalten und die beiden Situationen voneinander zu unterscheiden, - nicht ohne Fehler, aber mit der ständigen Bereitschaft zum Lernen. Es ist zwar keine Mehrheit, die so denkt und fühlt, aber das ist auch gar nicht nötig.

Ich habe einleitend mit einem sehr kritischen analytischen Hölderlin-Zitat begonnen:

„Das hat den Staat zur Hölle gemacht, dass ich der Mensch zu seinem Himmel machen wollte.“

Ich schliesse ebenfalls mit Hölderlin, nicht kritisch analytisch, sondern tröstend optimistisch

„Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch“.

Der Referent freut sich über kritische Rückmeldungen und wird sie auch im Rahmen seines Zeitbudgets persönlich beantworten: robertnef@bluewin.ch

Robert Nef, geboren 1942, lic. iur der Universität Zürich, leitete von 1979 bis 2007 das Liberale Institut in Zürich und ist heute Präsident des Stiftungsrates. Er präsidiert auch die Stiftung für Abendländische Ethik und Kultur in Zürich. Von 1991 bis 2008 war er Mitherausgeber und Redaktor der Schweizer Monatshefte.

Er publizierte mehrere Bücher und zahlreiche Aufsätze und Artikel zu politischen Grundsatzfragen in Fachzeitschriften, Sammelbänden und Tageszeitungen. Er ist Mitglied der Mont Pèlerin Gesellschaft und die Friedrich August von Hayek Gesellschaft würdigte seinen konsequenten Einsatz für liberale Werte 2008 mit der Verleihung der Hayek-Medaille.

Robert Nef wohnt in St. Gallen, ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Söhnen und Grossvater einer Enkelin.

Weiterführende Literatur:

Robert Nef, Politische Grundbegriffe, Auslegeordnung und Positionsbezüge, NZZ-Verlag, Zürich 2002

Kurzbeschreibung

Politik ist immer auch eine Auseinandersetzung um die Auslegung von Begriffen. Traditionelle Bedeutungen konkurrieren mit Slogans der Werbeleute und mit parteipolitischer Polemik. Nach 1989 ist es weltweit zu unterschiedlichen neuen Positionierungen im herkömmlichen parteipolitischen Rechts-Mitte-Links-Spektrum gekommen, und dieser Prozess hat auch in der Schweiz Impulse für neue Koalitionen und Abgrenzungen ausgelöst, die in ihren Auswirkungen noch nicht abschätzbar sind. Die Stiftung Liber'all, welche sich in den Dienst der Förderung des liberalen Gedankenguts stellt, hat in dieser Situation die vorliegende Studie in Auftrag gegeben. Zunächst werden die ideengeschichtlichen und terminologischen Voraussetzungen unvoreingenommen geklärt. Dann gilt es, anhand von Grafiken die Orientierung innerhalb von Grundoptionen zu erleichtern und in einem Glossar die wichtigsten Begriffe kurz zu erläutern. Schliesslich werden anhand von ausgewählten aktuellen Grundsatzfragen mögliche liberale Positionen exemplifiziert. Erstmals wird in der Studie eine klare Unterscheidung von zwei linken und zwei rechten Flügeln begründet.

Das 1979 gegründete Liberale Institut verfolgt das Ziel der Erforschung freiheitlicher Ideen. Das Institut fördert die Schweizer Tradition und Kultur individueller Freiheit, des Friedens, der Offenheit und politischen Vielfalt und setzt sich für eine Weiterentwicklung der liberalen Geistestradiation ein. Als unabhängige, privat finanzierte Stiftung beteiligt sich das Liberale Institut bewusst nicht an der Parteipolitik. Es befasst sich hingegen mit den grundlegenden politischen Fragen der Gegenwart und der Zukunft und bereichert damit die Debatte mit zivilgesellschaftlichen und marktwirtschaftlichen Perspektiven. Dabei kooperiert es schweizweit und international mit zielverwandten Organisationen.

Im Rahmen seiner Veranstaltungen, Publikationen und Fachinitiativen befasst sich das Liberale Institut mit aktuellen Fragen, u.a. des Umweltschutzes, der Finanzkrise und der Verschuldungskrise.

Interessentinnen und Interessenten haben die Möglichkeit regelmässig zu den Veranstaltungen eingeladen zu werden und können sich in frei wählbaren Beitragskategorien an der Finanzierung beteiligen. Weitere Informationen unter

www.libinst.ch